

Februar 2023

# Ratsbericht

Europabüro Brüssel



## Ein Jahr nach Kriegsbeginn Sondergipfel mit Sondergast

Europäischer Rat am 09./10. Februar 2023

*Dr. Hardy Ostry, Isabell Wiesner, Lukas Wick, Stanislav Linchevsky*

**Kurz vor dem Jahrestag des Kriegsbeginns begrüßten die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Sondergipfel in Brüssel auch den ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyi, und brachten damit ihre Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck. Selenskyj war zuvor in London und Paris zu Besuch gewesen, wo er für die Lieferung von Kampfjets an die Ukraine warb. Die Ankunft von Selenskyj beeinflusste die Tagesordnung des Europäischen Rates, das ursprünglich als Sondersitzung zum Thema Migration geplant war, nicht unwesentlich. EU-Staaten wie Österreich und die Niederlande übten Druck aus, um das Thema angesichts steigender Migrationsbewegungen auf die Agenda zu setzen und womöglich neue EU-Gelder zum Grenzschutz zu erwirken. Außerdem standen die Auswirkungen des massiven US-Vorstoßes für grüne Subventionen auf Investitionen und Arbeitsplätze in Europa auf der Agenda. Eine gemeinsame wirtschaftliche Reaktion der EU sollte hierzu diskutiert werden, ohne dass hieraus ein interner Subventions- oder Verschuldungswettlauf entsteht, der den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren könnte.**

### Ukraine

#### Hintergrund

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, setzt sich mit zunehmender Härte und Brutalität fort. Seit Februar 2022 bombardiert der Kreml sein Nachbarland kontinuierlich mit gezielten Luftangriffen, Drohnen- und Raketenangriffen,

wobei die Energieversorgung und kritische Infrastruktur des Landes die Hauptziele sind. Durch die Unterstützung des Westens ist es der Ukraine zuletzt zumindest gelungen, eine Pattsituation zu erreichen. Beide Seiten machen hierbei wenig Boden gut, und die Fronten sind verhärtet. Wer hieraus eine Möglichkeit für Verhandlungen ableitet, muss jedoch bedenken, dass Russland weiterhin keine Gesprächsbereitschaft zeigt und wohl mit ziemlicher Sicherheit eine Frühjahrsoffensive in der Ukraine plant. Pünktlich zu dieser haben die westlichen Verbündeten der Ukraine zugesagt, Panzer der Typen Leopard I und II (DEU) sowie den Challenger 2 (GBR) und Abrams (USA) an die Ukraine zu liefern. Experten gehen davon aus, dass die Lieferung von Angriffswaffen wie den drei genannten Panzertypen zunächst lediglich dazu beitragen wird, dass die Ukraine der Frühjahrsoffensive Russlands begegnen kann. Eigene Angriffstaktiken der Ukraine sind nicht zu erwarten. Es bleibt ferner abzuwarten, ob die Panzer auch rechtzeitig in der Ukraine ankommen werden. Russland hingegen betrachtet die Lieferung der Angriffswaffen als endgültigen Beweis, dass die westlichen Mächte direkte Kriegsparteien geworden sind. Um sicherzustellen, dass die Unterstützung der Ukraine auch in diesem Jahr auf einem hohen Niveau bleibt, hat sich der Präsident Selenskyj, für mehrere Besuche in Europa angekündigt. So u.a. auch in Brüssel. Dort sprach er zunächst vor dem Europäischen Parlament und sollte später auch vor den Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Europäischen Rates teilnehmen. Er verließ das Europäische Parlament, nachdem er eine mitreißende Rede gehalten hatte, in der er die humanitären und demokratischen Werte, die die Ukraine mit der

Europäischen Union teilt, hervorhob. Er beschuldigte Russland, Europa in die dunkelste Zeit seiner Geschichte in den 1930er und 40er Jahren zurückversetzen zu wollen, und bedankte sich für die Unterstützung der europäischen Bürger für die Ukraine im vergangenen Jahr. Selenskyj und Parlamentspräsidentin Roberta Metsola entrollten anschließend eine EU-Flagge und hielten sie gemeinsam hoch, als Symbol für eine mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der EU.

### Entwicklung

Der ukrainische Präsident sprach am Mittwoch nach seiner Rede im Europäischen Parlament vor den Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel und verdeutlichte seine Auffassung, wonach Russland versuche, die Freiheit Europas zu zerstören. Er lobte die europäischen Staats- und Regierungschefs für ihre Unterstützung und ihr Verständnis dafür, dass es auf dem Kontinent keine "Grauzonen" geben dürfe und die Einheit Europas der grundlegende Weg zur Sicherheit sei. Er dankte den europäischen Regierungen für ihre wirtschaftliche Unterstützung, die Sanktionspakete und die militärische Hilfe und führte weiter aus, dass die Bewerbung der Ukraine um die EU-Mitgliedschaft ein weiterer grundlegender Baustein für die gemeinsame Sicherheit sei. Er nannte darüber hinaus mehrere Sanktionsbereiche, wie die Kernenergie, die Drohnen- und Rakettenindustrie und den IT-Sektor, in dem nachgelegt werden müsse. Er forderte die europäischen Regierungen auf, die Dynamik der Zusammenarbeit zu verstärken und bei den Sanktionen proaktiver zu sein.

Der Europäische Rat hat danach in seinen Schlussfolgerungen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der unermessliches Leid und Zerstörung verursacht, erneut verurteilt. Um die Kosten des Krieges für Russland weiter in die Höhe zu treiben, wurde eine Preisobergrenze für Erdölprodukte beschlossen, und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Umgehung sollen verstärkt werden. Die Europäische Union ist entschlossen, alle Täter und Komplizen von Kriegsverbrechen und anderen schwersten Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem russischen Krieg begangen wurden, zur Verantwortung zu ziehen. Sie unterstützt die Bemühungen der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft, einen

geeigneten Mechanismus für das Verbrechen der Aggression zu schaffen, und befürwortet den Aufbau eines internationalen Zentrums für die Strafverfolgung. Der Rat unterstützt ferner die Initiative der Ukraine für einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und bekräftigt seine Zusage, aktiv mit der Ukraine an einem 10-Punkte-Friedensplan zu arbeiten. Die Europäische Union unterstützt deshalb die Idee eines Gipfeltreffens zur "Friedensformel". Auf dem Gipfel soll der 10-Punkte-Plan dann konkret diskutiert werden und erlassen werden, inwieweit die ukrainischen Vorschläge hierbei umgesetzt werden können. Dies hängt auch davon ab, wie die internationale Beteiligung auf dem Gipfel ausfallen würde.

Der Europäische Rat hat zudem eine siebte Tranche von 500 Mio. EUR an militärischer Unterstützung für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität gebilligt. Er ist fest entschlossen, die makrofinanzielle Stabilität der Ukraine zu unterstützen, und begrüßt, dass eine Koordinierungsplattform aller Gebernationen eingerichtet werden konnte. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen ferner die Bedeutung der psychologischen und psychosozialen Unterstützung und Rehabilitation sowie der Wiedereingliederung von Kriegsveteranen in das aktive gesellschaftliche Leben und wollen diese unterstützen. Insgesamt steigt damit die militärische Hilfe der EU (und ihrer Mitgliedstaaten) für die Ukraine auf 12 Milliarden EUR an. Insgesamt beläuft sich Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten damit auf mindestens 67 Milliarden EUR. Diese Hilfen sollen aber noch gesteigert werden, indem das volle Potenzial des EU-Ukraine Assoziierungsabkommen genutzt und durch die Freihandelszone intensivere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen geschaffen werden sollen.

Die EU wird gemeinsam mit ihren Partnern außerdem die Bemühungen intensivieren, die eingefrorenen und immobilisierten russischen Vermögenswerte im Einklang mit dem Unions- und Völkerrecht für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Der Rat betonte erneut die Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union.

### Kommentar

Der Westen und im Speziellen die Europäische Union stehen weiterhin fest an der Seite der Ukraine, die unfreiwillig und völlig willkürlich in diesen Krieg gezogen wurde. Gerade die Lieferung von Angriffswaffen könnte hierbei schon fast eine Zeitenwende 2.0 darstellen. Dieses Mal aber keine rein deutsche, sondern eine europäische Zeitenwende. Zu lange hatte sich vor allem die Bundesrepublik gesträubt, schnelle und klare Entscheidungen in dieser Sache zu treffen. Gelitten hat darunter vor allem die Ukraine, die sich quasi dauerhaft in Geduld üben muss. Zugutehalten muss man der Bundesregierung hierbei aber, dass sie in der Tat stets betont hatte, keine Alleingänge oder Vorseilen zu unterstützen und stattdessen in enger Abstimmung mit ihren Partnern handeln möchte. Am Ende sollte die Bundesregierung bei der Lieferung der Panzer (u.a. durch das Rüstungsexportkontrollgesetz) sogar die Zügel in der Hand halten.

Trotz dieser für die Ukraine positiven Entwicklung ist auch zu beobachten, dass Präsident Selenskyj doch immer stärker für seine Vorhaben werben muss. Besonders häufig betont er hierbei die von der EU versprochene Zukunft seines Landes in der Union oder, dass die Ukraine vor allem den westlichen Lebensstil und die Werte aller Verbündeten verteidigt. Zwar hat er damit Recht, sein Kalkül wird dabei aber dennoch sichtbar. Unmittelbar nachdem Deutschland die Freigabe zur Lieferung von Leopard I und II Panzern erteilt hatte, begab sich der ukrainische Präsident nun auf seine Europa-Reise, um u.a. in London, Paris und Brüssel für die Lieferung von Kampffjets zu werben. Zudem verdeutlichte er, dass die Reaktionen seiner Verbündeten teils nicht proaktiv und effizient genug seien.

Es ist daher schon fast zu begrüßen, dass er inzwischen den Mut hat, vielversprechende Sanktionsbereiche zu benennen, die Arbeit seiner westlichen Kolleginnen und Kollegen zu bewerten (positiv als auch negativ) und auch weiterhin Hilfen einzufordern. Das ist vor allem dann verständlich, wenn man dem Prinzip folgt, dass in diesem Krieg die Partei mit dem längeren Atem gewinnen wird. Es ist vor diesem Hintergrund besonders zu begrüßen, dass der Rat eine weitere Tranche zur Aufrechterhaltung der militärischen Unterstützung durch die EU-Friedensfazilität verabschiedet hat. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die EU nun auch

konkret den Fokus auf eine mögliche Nachkriegszeit legt und erste entsprechende Maßnahmen ergreifen möchte. So sollen diverse Programme durch EU-Fachkompetenz verstärkt werden und so z.B. die Minenräumung vorangebracht werden, um das Land für die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten. Es ist hierbei bemerkenswert, dass hierfür nun auch eingefrorene russische Gelder genutzt werden sollen.

## Wirtschaft

### Hintergrund

Als Antwort auf das zu Jahresbeginn in den USA in Kraft getretene Inflationsbekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act - IRA), das mit 369 Milliarden US-Dollar den Umbau der amerikanischen Wirtschaft und die grünen Technologien ankurbeln soll, stellte die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am 1. Februar den EU Green-Deal-Industrieplan vor. Die EU befürchtet, dass Unternehmen neue Standorte in Ländern außerhalb der EU aufbauen oder Arbeitsplätze dorthin verlagern könnten, wenn sie hier nicht ebenfalls mit Steuergeld unterstützt werden. Die Kommission setzte dabei kurzfristig vor allem auf eine spürbare Aufweichung der EU-Beihilferegeln (vorübergehend bis 2025). Da nicht alle EU-Staaten die nötigen Finanzmittel dafür hätten, will die EU-Kommission ihnen zudem erlauben, das noch verbleibende Geld aus dem Corona-Aufbaufonds und aus dem Repower-EU-Programm sowie Geld aus den EU-Strukturfonds für die Gewährung von Steuernachlässen einzusetzen.

Die Vereinfachung und Lockerung der strikten europäischen Beihilferegeln sowie Steuervergünstigungen für Unternehmen wurden vor allem von Frankreich, mit Unterstützung von Deutschland, gefordert. Etliche EU-Länder haben sich schon vor dem Gipfel klar gegen die Lockerung der Beihilferegeln positioniert. So wiesen die Finanzminister von Österreich, Tschechien, der Slowakei, Dänemark, Finnland, Irland und Estland in einem gemeinsamen Brief an die Kommission ebenfalls auf das Risiko eines schädlichen Subventionswettlaufs hin. Auch innerhalb der Kommission gab es Zurückhaltung für diesen Schritt. EU-Wettbewerbschefin Margrethe Vestager betonte, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-

Mitgliedstaaten nicht auf Subventionen aufgebaut werden könne.

Als langfristige Lösung schlug die Kommission die Einrichtung eines Europäischen Souveränitätsfonds vor. Dieser soll ein neues Hauptelement sein, damit möglichst alle Mitgliedstaaten von der Industriepolitik profitieren können. Die Finanzierung des geplanten Europäischen Souveränitätsfonds blieb jedoch unklar und umstritten. Deutschland und andere Länder wie die Niederlande haben vor dem Gipfel ihre Position gegen eine erneute gemeinsame Schuldenaufnahme bekräftigt.

### Entwicklung

Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen bekräftigt, dass die EU entschlossen handeln werde, um ihre Wettbewerbsfähigkeit, ihren Wohlstand und ihre Rolle auf der Weltbühne angesichts der neuen geopolitischen Realität langfristig zu sichern. Dabei müssen der Binnenmarkt vertieft werden und das globale sowie das interne „level playing field“ zwischen den EU-Staaten erhalten bleiben.

Aufbauend auf der Mitteilung der Kommission über einen "Green Deal"-Industrieplan für das Netto-Nullzeitalter hat der Rat beschlossen, die folgenden Aktionsbereiche dringend voranzutreiben: a) Staatlichen Beihilfen - Die Staats- und Regierungschefs haben die Pläne zur Vereinfachung, Beschleunigung und besseren Vorhersehbarkeit der EU-Beihilfavorschriften befürwortet, in den Sektoren, die für den grünen Übergang von strategischer Bedeutung sind und die durch ausländische Subventionen oder hohe Energiepreise beeinträchtigt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sollte die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU sein. Gleichzeitig verpflichtet sich der Rat, die gleichen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu erhalten. b) Finanzierung auf EU-Ebene - Um eine Zersplitterung des Binnenmarktes zu vermeiden, will der Rat einen fairen Zugang zu Finanzmitteln für alle Mitgliedstaaten garantieren. Im ersten Schritt sollten zu diesem Zweck die vorhandenen EU-Mittel flexibler eingesetzt und Möglichkeiten zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln geprüft werden. Darüber hinaus sollte das Potenzial der Europäischen Investitionsbank voll ausgeschöpft werden. c) Regulatorisches

Umfeld - hier setzt sich der Rat auf einfachere, schnellere und berechenbare Rahmenbedingungen für Investitionen in der EU. In diesem Zusammenhang sind zwei Initiativen erwähnt: die Garantie des Zugangs zu Kritische Rohstoffe und die Reform des Elektrizitätsmarkt-Designs. d) Qualifizierung - der Rat ruft für entschlossenere Schritte, um ausreichend nötige qualifizierte Arbeitnehmer für die grüne Transformation zu garantieren. e) Investition - Hier nimmt der Rat zur Kenntnis, dass die Kommission beabsichtigt, vor dem Sommer 2023 einen Europäischen Souveränitätsfonds vorzuschlagen, um Investitionen in strategischen Sektoren zu unterstützen.

Zudem erwähnt der Rat noch zwei kritische Themen, die für eine erfolgreiche Implementierung der Transformation notwendig sind: die legislative Beschleunigung der Umsetzung der Aktion zur Kapitalmarktunion und die Verfolgung einer ehrgeizigen, robusten, offenen und nachhaltigen Handelsagenda und Unterstützung der WTO und des multilateralen, regelbasierten Systems.

### Kommentar

Die Schlussfolgerungen schaffen es im wirtschaftlichen Bereich, ein Gleichgewicht zwischen gegensätzlichen und vehement verteidigten Ansichten herzustellen. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich in diesem Bereich schneller als vorher auf zentrale Punkte einigen. Die Erklärungen des Rates folgen insofern weitgehend dem neuen Industrieplan der Kommission. Laut einigen Beobachtern kann man die Schlussfolgerungen auch als einen Sieg Frankreichs und Deutschlands bezeichnen. Beide Länder drängten Brüssel seit langem dazu, ihre Subventionsvorschriften als Reaktion auf das IRA-Gesetz aufzuweichen. Aber gleichzeitig betonten die EU-Mitgliedsstaaten auch, dass die EU ihren Binnenmarkt dabei nicht aufgeben dürfe. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte äußerte sich anschließend optimistisch über den Kompromiss und betonte, dass jede Lockerung dieser Regeln für sogenannte staatliche Beihilfen „zeitlich begrenzt, gezielt und sehr auf Innovation ausgerichtet“ sein werde. Diese Betonung auf „vorübergehend“ ist ein gewisser Rückschlag für Paris, das gehofft hatte, die Anreize des Washingtoner IRA nutzen zu können, um eine mehr umfassendere



Lockerung der EU-Subventionsvorschriften durchzusetzen.

Die Warnungen mehrerer EU-Länder, dass eine Lockerung der Kontrolle staatlicher Beihilfen dem Binnenmarkt schaden könnte, wurde anscheinend auch durch das Versprechen eines künftigen Souveränitätsfonds in den Hintergrund gedrängt.

Beim Thema Souveränitätsfonds müssen noch viele Einzelheiten ausgearbeitet werden. Während sich anscheinend eine frühere Version der Erklärung noch für eine gemeinsame Schuldenaufnahme aussprach, fehlt ein solches Bekenntnis in den finalen Schlussfolgerungen. Dass der Abschnitt aus der Erklärung genommen wurde, steht hierbei durchwegs im Einklang mit der deutschen Position, die diese Woche in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz nochmals bekräftigt wurde. Vor allem die FDP nahm bisher gegenüber neuen Gemeinschaftsschulden eine ablehnende Haltung ein. Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte auch bei seinem Treffen mit EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni diese Position noch einmal wiederholt. Gentiloni und Thierry Breton, der EU-Binnenmarktchef, zählen zu den wichtigsten Anhängern einer neuen Schuldenaufnahme innerhalb der Kommission.

Die sicherlich noch folgende Debatte um die Finanzierung des Fonds wurde insofern nur auf die nächsten Monate verschoben. Auch bei den Verpflichtungen für eine Reform der EU-Beihilfepolitik wird erst später im Jahr festgelegt, welche Sektoren am meisten profitieren sollen. Auf dem nächsten Ratsgipfel im März wird ein Aktionsplan zur Steigerung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU für die grüne Industrie vorgestellt. Auf einem weiteren Gipfel im Juni werden die Details voraussichtlich weiter ausgearbeitet. Bis dahin sind die Staats- und Regierungschefs der EU immer noch zuversichtlich, mit den USA eine Einigung über einen besseren Zugang europäischer Unternehmen zu Washingtons grünem Subventionsprogramm erzielen können. "Wir werden unsere amerikanischen Freunde bitten, sich zu bemühen, die europäischen Länder bei ihren Entscheidungen nicht zu diskriminieren", sagte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz. "Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das gelingen wird."

Es bleibt abzuwarten, ob der Pakt die europäische Wirtschaft vorantreibt, wenn der Subventionswettbewerb verschärft wird. Dabei ist es fraglich, ob es sinnvoll ist, weitere Gemeinschaftsschulden aufzunehmen, da einige Beobachter anmerkten, dass der IRA nicht so bedrohlich sei, wie er scheint. Daher wachsen inzwischen die Zweifel, ob eine womöglich hektische europäische Antwort wirklich nötig ist.

## Migration

### Hintergrund

Das Thema Migration ist seit einigen Wochen wieder in den Vordergrund der EU-Agenda gerückt, da die Zahl der irregulären Ankünfte auf den Routen über das Mittelmeer und den westlichen Balkan stark angestiegen ist. Belgien und die Niederlande hatten das Thema auf die Tagesordnung des Sondergipfels gesetzt, in der Hoffnung, konkrete Zusagen hinsichtlich Solidarität unter den Mitgliedstaaten zu erhalten, so der belgische Premierminister Alexander De Croo. Auch Italien fordert mehr Solidarität bei der Aufnahme ankommender Migranten an der EU-Südgrenze. Österreichs Kanzler Karl Nehammer drängte ebenso auf konkrete Beschlüsse und drohte im Vorfeld des Gipfels sogar, die gemeinsamen Schlussfolgerungen zu blockieren, sollten keine Fortschritte bei der Eindämmung illegaler Migration erzielt werden. Zu lange seien Regierungen untätig geblieben und hätten versucht, das Thema möglichst zu ignorieren. Die Folgen dieser Strategie werden jetzt sichtbar. Auch in Deutschland stoßen zahlreiche Landkreise an ihre Kapazitätsgrenzen und senden Hilferufe an die Bundesregierung.

Jüngsten Daten der EU-Grenz- und Küstenwache Frontex zufolge wurden im Jahr 2022 rund 330.000 irreguläre Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen festgestellt - ein Anstieg um 64 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die höchste Zahl seit 2016. Daher wollten die Staats- und Regierungschefs auf dem Sondergipfel über Möglichkeiten zur Eindämmung des jüngsten Migrantenzustroms beraten. Der EVP-Vorsitzende Manfred Weber warnte davor, dass die EU in eine Migrationskrise „schlafwandelt“ und wies darauf hin, dass die Kapazitäten für die Aufnahme von Migranten über die Balkan- und Mittelmeerroute erschöpft seien. Hinzu

komme, dass die Kapazitäten der Kommunen durch die vier Millionen ukrainische Flüchtlinge, die derzeit in der EU untergebracht sind, noch weiter strapaziert werden.

Um den Anstieg der irregulären Migration einzudämmen, wird aktuell auch der Bau von Zäunen an den EU-Außengrenzen thematisiert, obwohl dies ein umstrittenes Thema bleibt. Die EU-Kommission hat es bisher abgelehnt, Zäune oder Mauern direkt aus EU-Mitteln zu finanzieren. Weber fordert nun aber, gemeinsam mit führenden Politikern aus Österreich, die Kommission auf, ihre Politik zugunsten von Grenzinfrastruktur wie Zäunen zu ändern. Auch andere Mitglieder der EVP erklärten, dass Zäune bei der Verhinderung illegaler Migration kein Tabu mehr sein dürften. Stéphane Séjourné, Vorsitzender der Gruppe Renew Europe, verurteilte diese Forderungen und verwies auf die ethische Verantwortung der Politik. Er argumentiert, dass eine EU-Migrationsreform der Schlüssel zur Eindämmung der irregulären Einreise sei. Der langfristige Ansatz der EU, der Migrations- und Asylpakt, wurde jedoch vorerst auf Eis gelegt und soll im nächsten Jahr unter der belgischen EU-Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden. Auf dem aktuellen Gipfel sollen vor allem Vorschläge der Kommission zur Beschleunigung der Rückführung von Migranten diskutiert werden.

### Entwicklung

Bis um 3 Uhr nachts dauerten die Verhandlungen in Brüssel an, bei denen die Migrationspolitik im Mittelpunkt stand. Insbesondere die Methoden zur Verteidigung der europäischen Außengrenzen wurden unter den EU-Spitzen kontrovers diskutiert. „Es geht um viel mehr als nur um eine Debatte über Zäune“, so Alexander De Croo. Gemeint sind Abschreckungskampagnen und ausreichende Sicherheit an den Grenzen. Kanzler Karl Nehammer sowie weitere europäische Staats- und Regierungschefs hingegen forderten die EU auf, den Mitgliedsstaaten Gelder zur Verfügung zu stellen, gleichgültig ob für Zäune oder andere technische Infrastruktur. Laut Nehammer bräuchten Bulgarien und andere Länder dringend Hilfe an den EU-Außengrenzen in Form einer Verstärkung des Grenzzauns, ebenso wie einer Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung und der Überwachung. Letztendlich konnte Wien in dieser Hinsicht einen Sieg verzeichnen,

denn die Formulierungen - einige der bisher stärksten in der altbekannten Debatte über Migration - spiegeln die Wünsche Österreichs wider. Der Text in den Schlussfolgerungen wurde deutlich verschärft, verglichen zu vorher kursierenden Entwürfen: „der Europäische Rat ruft die Kommission auf, unverzüglich umfangreiche Finanzmittel und Ressourcen der EU zu mobilisieren, um die Mitgliedsstaaten beim Ausbau von Grenzschutzkapazitäten und -infrastruktur, Mitteln für die Überwachung, einschließlich der Luftüberwachung, und Ausrüstung zu unterstützen.“

Somit sendet Brüssel hier ein klares Signal, die Sicherheit der Außengrenzen verstärken zu wollen, finanziert durch EU-Gelder. Darüber hinaus bewerteten die EU-27 ihre bisherigen Entscheidungen und die EU-Kommission kündigte bereits an, auf Basis der Debatten einen Legislativvorschlag erarbeiten zu wollen, der dann beim nächsten Gipfeltreffen im März verabschiedet werden könnte. Ziel sei es, einen umfassenden Ansatz zu entwickeln, der außenpolitische Maßnahmen, eine bessere Kontrolle der EU-Grenzen und die Einhaltung der EU-Werte umfasst. Die EU will den Verlust von Menschenleben verhindern und den Druck auf die Außengrenzen sowie die Aufnahmekapazitäten verringern, indem sie die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verstärkt. Europa will seine Partner weiterhin dabei unterstützen, die Ursachen der illegalen Migration zu bekämpfen, auf eine Angleichung der Visapolitik in den Nachbarländern hinarbeiten, eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen zu gewährleisten und die Zusammenarbeit bei der Rückführung zu verbessern. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten die Versuche, Migranten für politische Zwecke zu missbrauchen, und werden den Kampf gegen Menschenhandel und Schleusung von Migranten verstärken. Der Europäische Rat forderte den Rat und die Kommission auf, die Überwachung der Migrationsströme zu verbessern und die Arbeit am Pakt für Migration und Asyl zu beschleunigen.

### Kommentar

Die Migration ist und bleibt eine europäische Herausforderung, die eine gesamteuropäische Antwort erfordert. Das Ergebnis des Sondergipfels stellt einen bemerkenswerten Wandel im Vergleich zu den letzten Jahren dar, als die Finanzierung eines Grenzzauns, der

Menschen davon abhalten sollte, in die EU einzureisen, der Errichtung einer „Trumpschen“ Mauer gleichkam, die von vielen verurteilt wurde. Angesichts des starken Anstiegs der irregulären Ankünfte in der EU steigt jedoch der Druck auf die Staats- und Regierungschefs, bei der Migrationspolitik abzuliefern. Kanzler Nehammer betonte nach dem Gipfel, dass die EU nun de facto die Grenzzäune finanziert, auch wenn sie sagt, dass sie dies nicht tue. Letztendlich sollte die Errichtung von Zäunen als letztes Mittel zum Schutz der EU-Außengrenzen nicht die fehlende Solidarität unter den Mitgliedstaaten kompensieren. Selbst wenn der Schutz der Außengrenzen funktioniert, ist innereuropäische Solidarität nötig. Auch eine Einigung auf den Migrations- und Asylpakt ist aus diesem Grund enorm wichtig, um einen verlässlichen Rahmen für den Umgang mit Migrationsfragen zu sichern und letztlich auch die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Kanzler Scholz pries zwar mögliche Fortschritte bei der europäischen Asylpolitik an, jedoch ist höchstens mit einer Verabschiedung des Pakts bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2024 zu rechnen. Es ist zu erwarten, dass aktuelle Herausforderungen rund um das Thema Migration bis zum nächsten Gipfeltreffen am 23. und 24. März weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung der EU-27 stehen werden.

### Sonstiges

Der Europäische Rat ruft zu Fortschritten bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen

dem Kosovo und Serbien im Rahmen des von der EU unterstützten Dialogs auf. Er begrüßt den jüngsten europäischen Vorschlag, die Beziehungen auf eine neue und dauerhafte Grundlage zu stellen, und fordert beide Parteien nachdrücklich auf, die im Rahmen des Dialogs eingegangenen Verpflichtungen, einschließlich der Abkommen von 2013 und 2015 über die Schaffung einer Assoziation/Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit, vollständig und bedingungslos umzusetzen.

Der Europäische Rat spricht den Opfern des Erdbebens vom 6. Februar 2023 sein tiefes Beileid aus und bekundet seine Solidarität mit den Menschen in der Türkei und Syrien. Mehr als 1.600 Rettungskräfte wurden in die Türkei entsandt, und die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben zusätzliche Mittel zur Unterstützung der humanitären Bemühungen mobilisiert. Der Europäische Rat begrüßt die Initiative des schwedischen Vorsitzes und der Kommission, im März in Brüssel eine Geberkonferenz zu veranstalten, um Mittel der internationalen Gemeinschaft zu mobilisieren. Er appelliert ferner an alle, den humanitären Zugang zu den Opfern des Erdbebens in Syrien zu gewährleisten, unabhängig davon, wo sie sich befinden, und für eine rasche Bereitstellung der Hilfe unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu sorgen.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry  
Leiter  
Europabüro Brüssel  
[www.kas.de/bruessel](http://www.kas.de/bruessel)

[hardy.ostry@kas.de](mailto:hardy.ostry@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)